

Das Kleinbasel ist ein vielfältiger und lebendiger Stadtteil mit einer hohen Integrationsleistung. Viele Menschen wohnen seit Jahrzehnten gerne und gut hier und identifizieren sich stark mit dem Kleinbasel. Aktuell ist das Kleinbasel vor allem durch negative Schlagzeilen in der öffentlichen Wahrnehmung: Spezifisch geht es dabei um die Häufung von Gewaltdelikten und Kriminalität auf der Dreirosenmatte auf der einen Seite und um den öffentlichen Drogenhandel und -konsum rund um den Matthäusplatz und die Kaserne auf der anderen Seite. Unterschiedliche Problemlagen, die aber gleichzeitig nahe beieinander auf engem Raum stattfinden – in einem Stadtteil, der bereits aufgrund von zu wenig Grünflächen und zu viel Verkehr einen stark belasteten öffentlichen Raum aufweist. Diese komplexe Gemengelage führt vermehrt zu Verunsicherung, Ängsten und Unmut in Teilen der Bevölkerung. Hierfür gilt es fundierte und nachhaltige Lösungen zu finden.

Der medialen Berichterstattung fehlen meist die Zeit und die Zeichenlänge, um die komplexen Phänomene vertieft zu beleuchten. Es stellt sich deshalb die Frage, wie genau sich die Probleme, die derzeit die allgemeine Wahrnehmung bestimmen, mit der nötigen Tiefe verstehen lassen. Gerade bei Berichten über Gewaltdelikte fehlt oft der Kontext und so bleibt neben der Schlagzeile letztlich vieles undurchsichtig. Teilweise werden durch skandalisierende Diskurse die Ängste, Sorgen und Ressentiments in der Bevölkerung zusätzlich geschürt, was dem Zusammenleben in dem dicht bewohnten Stadtteil nicht hilft. Was hingegen helfen würde, wäre ein regelmässiger Austausch der Verwaltung mit der Quartierbevölkerung und den involvierten Organisationen, sowie eine fundierte Situationsanalyse unter Einbezug wissenschaftlicher Mittel. Auf dieser wissensbasierten Grundlage können erst nachhaltige Lösungsansätze für das Kleinbasel entwickelt werden, die zu einer Verbesserung der Situation für alle Bewohner:innen und Nutzer:innen des öffentlichen Raums und eines guten Zusammenlebens führen.

Die Anzugstellenden bitten den Regierungsrat deshalb folgende Massnahmen zur Schaffung und zum Austausch von Wissen und Erfahrungen zu prüfen und zu berichten, inwiefern diese zeitnah umgesetzt werden können:

1. Aufträge an die Universität Basel oder an die FHNW, vertiefte und (national/international) vergleichende Studien zu den unterschiedlichen sozialen Konflikten und Problemlagen im Kleinbasel durchzuführen. Durch diese sozialwissenschaftlichen (statistischen und qualitativen) Analysen sollen mögliche Massnahmen und Ansatzpunkte aufgezeigt werden, die den involvierten Departementen als Grundlage für die nachhaltige Bearbeitung und Lösung der aktuellen sozialen Probleme im Kleinbasel dienen.
2. Regelmässige Informations- und Austauschformate der zuständigen kantonalen Stellen mit den involvierten zivilgesellschaftlichen Organisationen und den unterschiedlichen Gruppierungen der betroffenen Quartierbevölkerung, um geplante, durchgeführte sowie weitere mögliche Massnahmen zu diskutieren.
3. Bestimmung einer zuständigen Stelle resp. Ansprechperson, an die sich die umliegenden Schulen, Kindergärten und Kitas wenden können, wenn es zu problematischen Vorfällen oder Gewaltdelikten kommt.

Fleur Weibel, Harald Friedl, Beda Baumgartner, Nicola Goepfert, Christoph Hochuli, Balz Herter, Michela Seggiani, Mahir Kabakci, Anouk Feurer, Johannes Sieber, Tonja Zürcher, Beat Braun